



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 137/2010 Kiel, 18. November 2010

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Abfallpolitik

Resolution ist nicht der beste Weg

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erklärt der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landseidel, in der Debatte zu TOP 11.6, „EntschlieÙung zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes“:

„Schon wieder ein bundespolitisches Thema – das Fieber der „Resolutionitis“ ist heute besonders hoch. Ich möchte zur Begründung unserer Entscheidung zu dieser Resolution zwei Überlegungen vorweg stellen:

1. Die FDP-Ratsfraktion hat dem Antrag zugestimmt, dass die kommunale Aufgabe der Entsorgung des privaten Hausmülls vollständig in die Hände des ABK übergeht. Wir sind der Meinung, dass wir mit dem ABK einen Betrieb haben, der nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen hervorragend arbeitet und damit auch die Gebührenzahler nicht mehr belastet als dies erforderlich ist. Die Gebührensenkung zum 01.01.2010 zeigt dies deutlich. Damit ist der Wettbewerb nicht ausgeschlossen, denn die Entscheidung, auch private Entsorger einzubeziehen, kann bei Vorliegen entsprechend günstiger Angebote von der Ratsversammlung getroffen werden.
2. Auch wir wollen, dass die Steuerung der Abfallwirtschaft als kommunale Aufgabe in den Händen der Kommune bleibt. Wir wollen entscheiden, ob diese Aufgabe ein Eigenbetrieb erfüllt oder ob wir über entsprechende Verträge diese Aufgaben privaten Anbietern überlassen. Deshalb darf es nicht sein, dass lukrative Teilbereiche der Abfallwirtschaft in private Hände gelangen und die Stadt für den „teuren“ Restmüll zuständig ist.

Insofern stimmen wir in vielen Punkten mit den Aussagen der Resolution überein.

Es gibt allerdings auch einige Fragezeichen, so z. B. unter Punkt 3 der Resolution: Keine bundesweite Einführung einer Wertstofftonne. Hier kann man durchaus auch anderer Meinung sein, denn die bisherige Erfassung dieser Wertstoffe über die gelbe Tonne und die Wertstoffhöfe ist durchaus noch ausbaufähig. Die jetzige Quote dieser erfassten Wertstoffe über eine Wertstofftonne kann nach unserer Überzeugung noch gesteigert werden und stellt einen Weg dar, Abfälle ökologischer zu verwerten als dies heute der Fall ist, wo diese Abfälle noch zu häufig im Hausmüll landen.

Trotz vieler Übereinstimmungen in den Zielen werden wir dieser Resolution deshalb nicht zustimmen. Wir halten es für sinnvoller, mit unseren Bundestagsabgeordneten zu sprechen, und uns damit für eine Stärkung der Kommunen in allen Fragen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes einzusetzen. Und da sind wir aktuell in einem sehr konstruktiven Austausch.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm

Fraktionsgeschäftsführer